

Herforder Zeitung

Bezugspreis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt



und Land

Druck und Verlag Fr. Kuchle

Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

und Land



fernsprecher Nr. 83 und 161

Postfachkonto Nr. 5296

Scheidt Hammer

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 spalt. 10 Zeilen oder deren Raum für Stadt u. Landpreis Herford, sonst 25 Pfennig. Retikeln die Zeile 2.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 180.

Herford, Dienstag, den 3. August 1920

38. Jahrgang.

Die Schuldfrage in Genf.

Ablehnung der französischen Formel.

Auf dem Genfer Sozialistenkongress ist eine besondere Abteilung gebildet worden, die sich mit der Schuldfrage beschäftigt. Angeblich wollen es die Franzosen sein, die darauf dringen. Aber Philipp Renaudel, der kleine Nachfolger des großen Jaures, konnte sich zuverlässiger über die Schuldfrage unterrichten, wenn er sich von Delcasse und Poincare in die Geheimnisse der französischen Politik vor dem Kriege einweisen ließe. Nun haben die deutschen Sozialdemokraten in Genf eine Denkschrift vorgelegt, in der sie sich in aller Deutlichkeit selbst kasteien und mißhandeln. Ein Satz dieser Denkschrift verdient festgenagelt zu werden, zumal er auch in der Genfer Erklärung enthalten ist. Die Deutschland einseitig die Schuld aufbürdet. Dieser Satz sagt dem Sinne nach etwa, daß sich die deutsche Sozialdemokratie nur insofern schuldig bekenne, als die November-Umwälzung um fünf Jahre zu spät gekommen sei. Wenn dieser Satz überhaupt einen politischen Sinn hat, so ist er offenbar nur der, daß nicht vor dem Kriege Deutschland zu einer parlamentarisch regierten Demokratie umgewandelt wurde. Daran trägt allerdings die Sozialdemokratie die Schuld. Sie war es, die durch ihren Massenkampfscharakter die innerpolitische Entwicklung zur Demokratie hemmte. Gerade der Massenkampfscharakter diente der Reaktion dazu, um den Thron mit verfassungsmäßigen Stacheln zu versehen. Die Sozialdemokratie führt nur einen Kampf um die Macht gegen die bürgerliche Gesellschaft, statt sich mit der Freiheitlichen Elementen dieser Gesellschaft zu verbinden, um die bürgerliche Vorherrschaft zu brechen. Tatsächlich bestand in der sozialdemokratischen Politik darin, jede Gemeinschaft mit bürgerlichen Parteien abzulehnen. Das hat sich bitter gerächt, denn der Weg zur Demokratie mußte schließlich durch die Schrecken des Krieges und der Staatsumwälzung gebahnt werden.

Hier liegt die große geschichtliche Schuld der Sozialdemokratie, die die unabänderlichen Gesetze der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zum wahren Volksstaat verkehrte. Statt dessen ritt sie immer auf marxistischen Formeln herum, die durch die wirtschaftliche Entwicklung selbst schon überholt und beseitigt waren. Die internationalen Sozialisten, die in Genf über die Schuldfrage beraten, kennen die innerpolitischen Zustände Deutschlands nicht gründlich genug, um im großen Stil Recht und Unrecht abzuurteilen. Englische und französische Sozialisten sind, viel zu tief in nationale Denkgewohnheiten eingepossen, um Verständnis für den Grad der Mitschuld ihrer eigenen Regierungen aufzubringen. Vielleicht studieren die internationalen Sozialisten zunächst einmal die politischen Zusammenhänge. Der Friede von Versailles hat die mächtigen politischen Kriebskräfte erst recht entfestet und politisiert. Und was England und Frankreich als Beute heimgebracht haben, das war schon vor dem Kriege das Ziel ihrer Imperialisten. Der „Vorwärts“ sieht sich denn auch genötigt, gegen den Mißbrauch einzelner Sätze aus der Denkschrift Einspruch zu erheben. Damit ist der Kern der Genfer Erklärung noch nicht beseitigt. Und dieser Kern besteht darin, daß die deutsche Vertretung die Schuld Deutschlands ausdrücklich und bußfertig anerkennen soll. Erfreulicherweise hat die deutsche sozialistische Delegation das abgelehnt, wie folgende Meldung zeigt, die uns heute morgen zugegangen ist:

U. L. Genf, 3. Aug. (Eig. Drahtb.) Die deutschen Vertreter zum internationalen Sozialistenkongress sind nun vollständig hier eingetroffen. Die deutsche Delegation hat den vorgeschlagenen Wortlaut der Resolution über die Schuldfrage am Kriege nicht genehmigt. Diese geht daher an den Ausschuss zurück.

Die Erwerbslosen in Deutschland

Insgesamt 357 143.

Wb. Berlin, 2. August. Aus dem Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich weiterhin gewachsen ist. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juli 1920 282 989, der weiblichen Erwerbslosen 94 154, also insgesamt 357 143 gegen 321 126 am 1. Juli und 297 185 am 15. Juni 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 328 997 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stand vom 15. März 1920.

In diesen Ziffern kommt der ganze Ernst unserer wirtschaftlichen Lage scharf zum Ausdruck. Die Beschäftigung kann erst wieder gehoben werden, wenn die Absatzkrise überwunden ist und Deutschland wieder in der Lage ist, zu einigermaßen erträglichen Bedingungen mit dem Ausland Geschäfte zu machen.

Das Neueste vom Tage.

Der Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Bevölkerung wurde im Ausschuss des Reichstages nach längerer Aussprache mit unwesentlichen Änderungen angenommen.

Infolge der Herabsetzung der Heeresstärke wird die Lehr-Brigade Döberitz bis zum 12. August aufgelöst.

Der Verein bayer. Zeitungsverleger fordert Preisabbau für Zeitungspapier auf vorläufig 2 M. Abschaffung der Anzeigensteuer und Aufhebung der Erhöhung des Postzeitungstarifs, da sonst der Zusammenbruch der deutschen Presse unvermeidlich sei.

Die Vollversammlung des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten in Königsberg erkannte die Provinzialunterverbände Rheinland-Westfalen und den Bezirksverband des rheinisch-westfälischen Industriegebietes als notwendig an.

Im Landarbeiterstreik in Braunschweig finden heute Einigungsverhandlungen statt. Um die Verhandlungen nicht zu stören und weiteren Verwicklungen vorzubeugen, ersucht das Ministerium die streikenden Landarbeiter, die erforderlichen Notstandsarbeiten zu verrichten.

Eine in Duisburg tagende Konferenz der Schiffer und Flößer des Rheins und seiner Nebenflüsse empfiehlt in einer Entschließung seinen Mitgliedern, alles zu tun, was zur Erfüllung des Abkommens von Spa nötig ist.

Die Franzosen führten die Briefenjagd auf dem Hauptpostamt Mainz wieder ein, weil angeblich ehemalige deutsche Offiziere im reaktionären Auftrage linksrheinische Truppen angeworben hätten.

Die wegen der Verhaftung Dorens durch die internationalisierte Rheinlandskommission verfügten Amtsenthebungen wurden rückgängig gemacht, weil die Wiesbadener Amtsstellen von dem Vorgehen gegen Dorens keine Kenntnis gehabt hatten.

In Danzig geht die Ausladung von Militär und Kriegsmaterial für Polen durch Franzosen und Engländer ohne Zwischenfall vor sich. Der Weitertransport nach Polen hat begonnen.

Auf dem internationalen Sozialistenkongress in Genf traten die Franzosen für eine Abänderung der Verträge von Versailles und St. Germain in demokratischem Sinne ein.

Am 1. August wurden in Bombay zum Zeichen des Protestes gegen den türkischen Friedensvertrag alle Kaufhäuser geschlossen. Das Komitee gegen die Zusammenarbeit mit der indischen Regierung hatte angeordnet, daß der Tag mit Fasten und Beten hingebachtet werde.

Die abgesetzte kaiserliche Familie aus China hat der japanischen Regierung mitgeteilt, daß der ehemalige Kaiser von China bereit sei, den Thron von neuem zu besteigen.

Generalstreik in Zittau.

Versuchter Spartakistenputsch.

Ueber Nacht ist in einem Teil des Königreichs Sachsen ein sehr ernstlicher Konflikt ausgebrochen. Aus Lebensmittelforderungen ist plötzlich eine politische Aktion geworden, deren Wirkungen nicht zu übersehen sind. In Zittau haben die Arbeiter unter Führung eines stebrieflich verfolgten Ruhrrebellens, des berüchtigten Müller-Jordan, einen Teil der Amtspersonen abgesetzt und sich die öffentliche Gewalt angeeignet. Es ist sehr beklagenswert, daß ein Teil unserer Arbeiterschaft so leicht jedem verantwortungslosen Heher ins Garn geht und nicht erkennt, wozu sie mißbraucht wird. Gerade in Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, in denen das wirtschaftliche Gefüge bebt und kracht in allen Fugen, muß die staatliche und öffentliche Ordnung mit allen Mitteln geschützt werden. Es ist darum eine Selbstverständlichkeit, daß die sächsische Regierung den Belagerungszustand erklärt und Polizei und Militär zur Wiederherstellung von Gesetz und Recht aufgeben hat. Hoffentlich kann diese Aufgabe ohne Opfer durchgeführt werden. Von Einzelmeldungen verzeichnen wir folgende:

Gesetz- und Rechtslosigkeit.

Wb. Dresden, 2. August. Ueber die Vorgänge in Zittau veröffentlicht die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei eine Mitteilung, in der es u. a. heißt:

Unverantwortliche Kreise haben aus Anlaß von Vorkommnissen nach einer Versammlung der Unabhängigen Partei einen Teil der Bevölkerung zu Gesetzlosigkeiten und Gewalttaten veranlaßt. Ueber den Kopf der Gewerkschaften hinweg hat sich ein eigenmächtig gebildeter Aktionsausschuß als Inhaber der höchsten Gewalt ausgerufen und den offenen Kampf gegen die verfassungsmäßigen Organe aufgenommen. Landfremde versuchen einen spartakistischen Putsch. Der Führer ist der stebrieflich verfolgte Müller-

Jordan aus dem Ruhrrevier, der dort und auch im Luga-Delesnitzer Revier namenloses Ungeheuer über die Arbeiter gebracht hat. Eine terroristische Minderheit ist zu Gewalttätigkeiten übergegangen, bei denen acht Amtspersonen abgesetzt und auch die Kraftwerke stillgelegt wurden. Man hat ferner angeordnet, das Kraftwerk Strehlen stillzulegen. Aus diesem Grunde war die Regierung nicht in der Lage, in Verhandlungen über die gestellten Forderungen einzutreten. Das Gesamtministerium hat am Sonntag beschlossen, alles mögliche zu tun, um das staatliche Werk zu schützen und in Gang zu halten und zu diesem Zwecke sind die Leiter der Landesicherheitspolizei und der Militärbehörden erlucht worden, das nötige zu veranlassen. Wenn bis zur Erreichung dieser Aufgabe vorübergehend der Belagerungszustand über die unmittelbar bedrohten Gebiete Zittau und Luga verhängt werden mußte, so hofft die Regierung, daß bei tatkräftiger Mithilfe der Bevölkerung bei der Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit dieser schon in kurzer Zeit überflüssig gemacht werden wird.

Die Ausdehnung des Generalstreiks.

Wb. Zittau, 2. August. Die Lage im Generalstreik hat sich wesentlich verschärft. Auf einer heute vormittag auf der Schloßwiese abgehaltenen von etwa 10 000 Personen besuchten Massenversammlung wurde, wie die Zittauer Nachrichten melden, bekannt gegeben, daß sich auch das Gewerkschaftsstatut, das bisher eine abwartende Haltung einnahm, für die Durchführung des Streiks und für die Annahme sämtlicher Forderungen der Arbeiter erklärt hat. (Eine andere Meldung bestreitet die Beteiligung des Gewerkschaftsstatuts an dem Streik).

Die Bedrohung Warschaus.

Polnische Bedingungen.

Um die Reichsgrenze zu sichern, hat die deutsche Regierung dem Reichskommissar des Bezirks Allenstein die Erlaubnis erteilt, Reichswache an die Grenze zu senden, wenn dringende Umstände es erforderlich machen. Die Regierung hat also die Entscheidung der Alliierten hierüber nicht abgewartet, sondern pflichtgemäß zum Schutze des eigenen Landes die erforderlichen Maßnahmen ergriffen. Die französische Presse sieht darin ein „Ereignis, dessen Ernst in die Augen springt“. Die Furcht der Franzosen erstreckt sich vor allem darauf, daß zwischen den russischen und deutschen Truppen eine Berührung hergestellt wird, welche verhängnisvoll wirken kann, weil dadurch dem Bolschewismus der Boden auch in Deutschland bereitet würde. Ob die Franzosen dabei so etwas wie Gewissensregung verspüren über ihre niederträchtigen Nachpolitik Deutschland gegenüber steht dahin.

Inzwischen nehmen die Dinge an der polnischen Front unaufhaltbar ihren Lauf. Die fremden Gesandtschaften haben zur Räumung Warschaus aufgefordert, woraus zu schließen ist, daß die Landeshauptstadt ernsthaft bedroht ist. Umso unverständlicher ist die Dreistigkeit der Polen, mit der sie ihre Waffenstillstandsbedingungen verhandeln. Daß die Russen die von den „weisen“ Alliierten aufgestellten Grenzpfähle Polens anerkennen, halten wir für ausgeschlossen. Von Rechtswegen.

An wichtigen Meldungen liegen uns folgende Nachrichten vor:

Polens Waffenstillstandsbedingungen.

Paris, 2. August. Die Delegierten der Polen für die Waffenstillstandsverhandlungen sind mit vierstündiger Verspätung bei den russischen Vorposten eingetroffen. Die Wege waren derart ungangbar, daß die Ankunft nicht rechtzeitig erfolgen konnte. Außerdem war eine Brücke zerstört, so daß die Polen einen großen Teil des Weges zu Fuß zurücklegen mußten. Der Vizepräsident des polnischen Ministeriums Dąbski erklärte in einer Unterredung, daß Polen nur unter folgenden Bedingungen einen Waffenstillstand abschließen werde:

1. Anerkennung der Unabhängigkeit Polens.
2. Nichteinmischung der Bolschewisten in die inneren Angelegenheiten Polens.
3. Keine Abrüstung der polnischen Armee.
4. Die von Lloyd George vorgeschlagenen Grenzen für Polen müssen anerkannt werden.

Für den Abschluß des Waffenstillstandes könne Polen jene Grenzen annehmen, wo sich gegenwärtig die russische Armee befindet.

Aufforderung, Warschau zu verlassen.

Wb. Paris, 2. August. Wie die Times aus Warschau melden, haben die englische, amerikanische und französische Gesandtschaft in Warschau ihre Staatsangehörigen aufgefordert, Warschau auf dem schnellsten Wege zu verlassen. Diese Aufforderung der Völkerverbände hat in Warschauer Kreisen einen sehr peinlichen Eindruck hervorgerufen.

Eigenartiger französischer Truppentransport.

Wb. Berlin, 2. August. Wie die Abendblätter melden, wurde am Sonnabend in Erfurt ein aus Köln kommender Transportzug mit französischen Soldaten vom Ueberwachungsausschuß der Erfurter Eisenbahnen angehalten und den Truppen mitgeteilt, daß kein Militärtransport durch Deutschland nach Polen befördert werden dürfte. Der französische Kompanieführer versuchte daraufhin, die Weiterfahrt gewaltsam zu erzwingen, nahm aber auf die energische Erklärung einiger Eisenbahner, daß kein Mann des Transportes Deutschland lebend verlassen würde, davon Abstand und zeigte die Eisenbahnfahrtscheine, wonach es sich um eine Abteilung von 160 französischen Urlaubern handelte, die sich angeblich auf der Heimfahrt zu ihren Truppenteilen in Oberschlesien befanden.

Schließlich wurde dem Transportzug die Weiterfahrt gestattet. Da die Transportaufweise weder den Stempel der deutschen Grenz- noch der Zollstation trugen, wolle die Eisenbahngewerkschaft beim Reichsverkehrsminister vorstellig werden, um eine Regelung der Ueberwachung der Transporte herbeizuführen.

Warnung der sächsischen Eisenbahner.

tu. Dresden, 3. August. (Eig. Draht.) Die Hauptbetriebsräte der Eisenbahner Sachsens und der Bezirk Sachsen des deutschen Eisenbahnerverbandes veröffentlichten einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft, worin sie mitteilen, daß sie Erhebungen im ganzen Reich angestellt haben und danach zu der Ueberzeugung gekommen seien, daß Truppentransporte, die angeblich Gefangenentransporte darstellen, zur Unterstützung einer fremden Macht Verwendung finden. Er betriebe Uebereinstimmung darüber, daß derartige Transporte, wie solche von Munition und Kriegsmaterial, abgelehnt werden müßten. Es sollen Ueberwachungskommissionen gebildet werden, die das gesamte rollende Material zu kontrollieren haben. Alle sozialistischen Parteien Sachsens haben sich dem Aufruf angeschlossen.

Ablehnung der englischen Vermittlung.

tu. Kopenhagen, 2. August. Das amtliche bolschewistische Blatt „Izwestia“ schreibt zu dem englischen Angebot, zwischen Rußland und Polen vermitteln zu wollen, daß der Hauptfehler dieses Angebots der sei, daß es zu spät komme. Die Entente hätte früher eingreifen sollen. Jetzt wolle Rußland lieber direkt mit den Polen verhandeln und zwar wolle man in einem wohlwollenden Tone verhandeln, nicht etwa aus Sympathie für die polnischen Gutsbesitzer und polnische Bourgeoisie, sondern für das polnische Volk. Rußland habe die ehrliche Absicht, ein freundschaftliches Zusammenleben zwischen den russischen, polnischen und ukrainischen Bauern und Arbeitern zu erstreben.

Erst Unterzeichnung, dann Stillstand der Operationen.

tu. Warschau, 2. August. Das Oberkommando der roten Armee teilte den polnischen Unterhändlern mit, daß das russische Heer seinen Vormarsch nicht eher einstellen werde, als bis der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet sei. Der russische General erklärte, daß der Beginn der Verhandlungen nicht das Aufhören der Feindseligkeiten bedeute, und daß nur die sofortige Annahme aller russischen Bedingungen, die heute oder morgen bekannt gemacht würden, das rote Heer in den Stellungen, in denen es sich gegenwärtig befindet, aufhalten könne.

Blindnis zwischen Sinnfeinern und Bolschewisten.

tu. London, 2. August. Lloyd George erklärte gegenüber einer unionistischen Abordnung, er sei überzeugt, daß die Sinnfeiner von den Bolschewisten unterstützt werden und mit diesen 1919 in Amerika ein Bündnis abgeschlossen hätten. Die Regierung bereite scharfe Maßnahmen zur Bekämpfung der Sinnfeinerbewegung vor, Neue blutige Ereignisse seien zu erwarten.

Die schwere Gefährdung Oberschlesiens.

tu. Breslau, 2. August. Im Falle des Scheiterns der russisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen und des weiteren Vordringens der Russen wird mit einer Ueberflutung Oberschlesiens durch die zurückweichenden polnischen Truppen gerechnet. In deutschen Kreisen befürchtet man, daß Oberschlesien von den Franzosen als Platz für Neugruppierung benutzt wird. Unter den französischen Truppen in Oberschlesien macht sich eine starke Bewegung bemerkbar. An der Grenze stehen mehrere Divisionen Alpenjäger mit einer Artilleriebrigade, und, wie die N. B. Z. weiter berichtet, befinden sich mehrere Brigaden französischer Territorialtruppen im Anmarsch. Nach Anfragen von in Oberschlesien eingetroffenen verwundeten Soldaten wurden zwei Transporte französischer schwarzer Truppen von den Russen vollständig aufgegeben.

Entsetzliche Zustände in den russischen Gefangenenerlagern.

tu. Paris, 2. August. Aus San Sebastian wird gemeldet: Der Völkerverbund hat beschlossen, sofort Verhandlungen mit der russischen Sowjetregierung wegen des Rücktransportes der noch in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen einzuleiten. Nach dem Bericht des Professors Nansen sind die Zustände in den russischen Gefangenenerlagern entsetzlich. Von den 200 000 Gefangenen in Turkestan seien nur noch 70 000 vorhanden, die übrigen seien gestorben oder in die Sklaverei verkauft worden.

Unannehmbare Vorschlag.

tu. Basel, 3. August. (Eig. Draht.) Die Alliierten haben in Berlin den Vorstoß zurückgewiesen, daß Deutschland die Waffen, die es in den nächsten Wochen zur Zerstörung abliefern muß, den alliierten Kommissionen in Polen direkt übergeben soll, wogegen dann die Alliierten gewisse Kompensationen machen würden.

Reichstag.

d. Berlin, 2. August.

Je länger sich die Tagung des Reichstages hinzieht, desto schwächer sind die Sitzungen besucht. Am Montag mußte die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung zurückgestellt werden, weil die Zahl der anwesenden Abgeordneten nicht ausreichte, um über einen Antrag Redezeit, der Ablehnung des Entwurfs vor der Tagesordnung bezweckte, abzustimmen, denn es wäre in diesem Falle die Beschlussfähigkeit des Hauses fast erwiesen worden. Dafür debattierten das Haus um so eingehender Stundenlang über die Amnestievorlage, die von den Regierungsparteien gemeinschaftlich eingebracht worden ist. Deutschnationale, wie Sozialdemokraten beider Richtungen verlangten eine wesentlich weitergehende Amnestie und hatten dementsprechende Änderungsanträge eingebracht. Der Streit ging hauptsächlich um die Amnestierung der Rädelsführer im Rapp-Putsch und um diejenige der Teilnehmer an den bayerischen Unruhen.

Gegenüber der Behauptung des deutschnationalen Abgeordneten Dühring, daß den Führern des Rapp-Putsches Amnestie versprochen worden sei, wies der demokratische Abgeordnete und frühere Minister Schiffer an der Hand der historischen Entwicklung der Dinge, bei der er persönlich die führende Rolle gespielt hat, nach, daß von einem solchen bündigen Versprechen keine Rede sein kann, daß vielmehr Rapp und Lüttich unter dem Zwange des Generalstreiks bedingungslos die Waffen niedergelegt haben. Die drei führenden Vertreter der deutschen Volkspartei, die zu der Amnestiefrage Stellung nahmen, nahmen eigentlich alle drei eine verschiedene Stellung ein. Der Fraktionsredner Abg. Rahl stand überhaupt der Amnestierung mit großem Bedenken gegenüber und erklärte, daß seine Parteifreunde in Zukunft überhaupt allen Amnestievorstellungen gegenüber sich ablehnend verhalten würden. Fraktionsminister Heine hielt dagegen die Amnestie für notwendig, weil den Strafprozessen im Ruhrrevier unbedingt ein Ende gemacht werden müsse, wenn die notwendige Beruhigung des Ruhrreviers erreicht werden sollte. Der Abg. Stresemann endlich gab für seine Person die Erklärung ab, daß er im Gegensatz zur Haltung seiner Fraktion persönlich für den Antrag der Deutschnationalen auf Amnestierung der Urheber und Schürer des Rapp-Putsches stimmen werde.

Vor der endlosen Amnestiedebatte hatte der Reichstag in allen

drei Lesungen dem deutsch-holländischen Kreditabkommen zugestimmt. Als einziger Redner aus dem Hause hob der Zentrumsgesandte Dr. Pfeiffer die große wirtschaftliche Bedeutung dieses Abkommens für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft hervor und gab der Freude aller Parteien darüber Ausdruck, daß es trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse doch gelungen ist, den Vertrag zum Abschluß zu bringen. Bei dieser Gelegenheit wies Dr. Pfeiffer mit bemerkenswerter Wärme auf die Verdienste hin, die der frühere Finanzminister Erzberger sich um dieses Abkommen erworben habe. Erzberger habe die ersten Schritte zu diesem Kreditabkommen eingeleitet und seiner zähen und ernsten Arbeit vor allem sei es zu danken, daß das Ziel erreicht worden sei. — D. —

Die Befolgung der Eisenbahner.

tu. Berlin, 2. August. Der Hauptausschuß des Reichstages beriet heute weiter über die Befolgungsreform, nachdem die beteiligten Eisenbahnerorganisationen ihr Ultimatum zurückgezogen hatten. Der Antrag des Unterausschusses wurde in folgender Form angenommen: Der Reichstag ist damit einverstanden, daß die aus dem Abschluß des Reichslohnvertrages für die Verkehrsarbeiter notwendig werdenden Mittel, sowie die sich daraus ergebende Ausgleichszulage für die Beamten beschafft werden. Der Reichstag erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß bei der eingeleiteten Nachprüfung des Reichsbefolgungsgesetzes die Formulierung aus der Länderbefolgungsordnung für die im Reich besonders vorgekommenen Einstufungen herangezogen wird, soweit sie mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsbefolgungsordnung zu vereinbaren sei.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

3. August

Stadtdarlehen und Grundstücksverkauf.

Wie schon von uns mitgeteilt ist, haben die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am Freitag einstimmig die Magistratsvorlage angenommen, wonach Bauaufträge ein Stadtdarlehen bis zur Höhe von 20 000 M. neben dem Reichsdarlehen und außerdem ein Grundstück vollständig unentgeltlich zu Wohnungsbauten erhalten können. In die Gewährung dieser außerordentlichen Vergünstigungen sind aber gewisse Bedingungen geknüpft und diese kennen zu lernen, ist für die Allgemeinheit von Interesse.

Für die Gewährung eines

Baufostenzuschusses

für Wohnungsbauten durch die Stadt ist folgendes maßgebend:

1. Die Stadt Herford ist bereit, für die Errichtung von Wohnhäusern nebst Stall ein Stadtdarlehen (Stadtdarlehen) in Höhe des auf Grund der Bestimmungen des Reichsrats über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen vom 10. Januar 1920 und der hierzu erlassenen Ausführungsvorschriften vom 22. Januar 1920 vom Reich und Gemeinde zu gebenden Beihilfedarlehen (Reichsdarlehen) zu gewähren. 2. Die Gewährung des Stadtdarlehens erfolgt auf Grund der Voraussetzungen für die Gewährung des Reichsdarlehens. 3. In Höhe des Stadtdarlehens ist an dem Baugrundstück eine Hypothek an 1. Stelle zu bestellen. 4. Die Gewährung des Stadtdarlehens ist unabhängig von der Gewährung des Reichsdarlehens. 5. Das Stadtdarlehen wird in folgenden Raten ausbezahlt: 5000 M. nach Fertigstellung des Kellerbegr. Sockelmauerwerks, 5000 M. nach Fertigstellung des Erdgeschossmauerwerks und der Balkenlagen bzw. Maffdecken, 5000 M. nach Fertigstellung des Rohbaues. Der Rest bei bezugsfähiger Fertigstellung des Gebäudes. 6. Vom Tage der Auszahlung an ist das Stadtdarlehen mit 1 Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. zuzüglich der ersparten Zinsen zu tilgen. 7. Das Stadtdarlehen kann jederzeit, auch in Teilzahlungen, zurückgezahlt werden. 8. Das Stadtdarlehen ist zur Rückzahlung fällig unter den gleichen Voraussetzungen wie das Reichsdarlehen.

Die Bedingungen für die unentgeltliche Ueberzignung eines Baugrundstückes für Wohnungsbauten

lauten: 1. Die Festsetzung der Größe, die Bestimmung der Lage des übereignenden Grundstücks, sowie die Feststellung des Umfangs der auf ihm zu errichtenden Gebäude bleibt dem Magistrat überlassen. 2. Die Auflassung des Grundstücks findet nach der Fertigstellung des Kellermauerwerks bzw. Sockelmauerwerks statt. 3. Zu Gunsten der Stadt Herford wird grundbuchlich ein Vorkaufsrecht eingetragen, das innerhalb von 99 Jahren nach erfolgter Auflassung ausübt werden kann. 4. Macht die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch, so darf der Wert des Grundstückes vom Verkäufer nicht in Anrechnung gebracht werden. 5. Macht die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht keinen Gebrauch, so hat Verkäufer den Wert des Grundstücks an die Stadt auf Verlangen zu zahlen. 6. Der Wert des Grund und Bodens wird bei der Auflassung festgestellt. 7. Der Wert des Grund und Bodens wird zur sofortigen Zahlung fällig, wenn einmal die auf ihm zu errichtenden Gebäude nicht innerhalb der von Fall zu Fall festzusetzenden Fristen bezugsfertig hergestellt werden und dann das Grundstück einschließt, der Gebäude zu anderen als in dem Baugesuch bezeichneten Zwecken benutzt wird, weiter nicht der vorgesehenen Anzahl von Familien, Familien von Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten, sowie der im Kriege Gefallenen bei der Vermietung (soweit es sich nicht um Einfamilienhäuser für Eigenwohnung handelt) vorzugsweise berücksichtigt werden, ferner eine Vergrößerung der Neubauten oder die Errichtung weiterer Bauteile auf dem Grundstück ohne Genehmigung des Magistrats vorgenommen wird und endlich der Erwerber nicht sämtliche Verpflichtungen aus dem Reichs- und Stadtdarlehen übernimmt.

Aus diesen Bedingungen ist zu ersehen, daß die Stadt Herford in der Weise bemüht ist, der Wohnungsnot mit allen nur möglichen Mitteln zu Leibe zu rücken. Die zu erfüllenden Voraussetzungen müssen als äußerst leicht bezeichnet werden. Trotzdem hatten verschiedene Stadtverordnete nicht ganz unrecht, wenn sie bei der Besprechung der Vorlage meinten, daß Mäzwerke von der sonst so begrüßenswerten Hilfe der Stadt wohl keinen Gebrauch machen könnten, da für ein Einfamilienhaus nach Abzug aller Zu-

schüsse immer noch an 14 000 M. Baukosten neben etwa 1300 M. jährlichen Zinsen aufzubringen wären. Für den Einzelnen mag ein solcher Aufwand vielfach unmöglich sein. Siedlungs- und Baugenossenschaften aber, denen die ungeheuer gestiegenen Baukosten ebenso wie Privaten in den letzten Monaten die Bautätigkeit vollständig unmöglich machten, ist durch die Vergünstigungen willkommene Hilfe geworden. Vielleicht werden unsere gemeinnützigen Baugenossenschaften bei der neuen Sachlage einen größeren Zustrom von Mitgliedern erhalten, da die Aussicht besteht, wenn auch nicht sofort, so doch in einigermaßen absehbarer Zeit, zu einem eigenen Heim zu kommen.

In diesem Zusammenhang sei auch nochmals auf die in der letzten Stadtverordnetenversammlung von dem Stadtv. Niemeyer und in der Herforder Zeitung schon früher zu verschiedenen Malen vorgebrachte Anregung hingewiesen, durch Einführung einer Wohnungsluxussteuer Mittel zum Häuserbau zu beschaffen. Wie diese ungefähr gedacht ist, geht aus folgender Meldung aus Glaucha in Sachsen hervor: Eine eigenartige Steuer auf Wohnungsluxus wird die Stadt Glaucha einführen. Eine alleinstehende Person darf nicht mehr als drei Zimmer steuerfrei bewohnen. Das vierte Zimmer wird mit 50 M., das 5. mit 200 M., das 6. mit 400 M., das 7. mit 800 M., das 8. mit 1200 M. versteuert. Für jedes weitere Zimmer sollen 1000 M. erhoben werden. Ähnliche Steuerbeträge werden erhoben, wenn 2 Personen mehr als vier Zimmer bewohnen. Die Steuer soll als zinsfreie Beihilfe zum Bau von Kleinwohnungen dienen.

In ähnlicher Weise wie hier, ist eine Wohnungsluxussteuer schon in verschiedenen thüringischen Städten eingeführt. Wie schon aus der vorliegenden Nachricht teilweise ersichtlich, wird für die einzelnen Haushaltungen je nach der Kopfzahl eine gewisse Norm zu bewohnender Räume festgelegt, die nur unter Gefahr recht fühlbarer Besteuerung überschritten werden darf. Für Herford dürfte sich ein derartiges Vorgehen nicht nur darum empfehlen, weil dadurch ganz beträchtliche Mittel aufgebracht würden, sondern auch, weil bei einer solch merkwürdigen finanziellen Belastung mancher Wohnungsinhaber oder Hausbesitzer Ueberfluthungen dem Wohnungsgamt zur Verfügung stellen würde. R.

r. Schulanfang. Die schönen, goldenen Tage der Freiheit sind vorüber, da Bücher und Hefte verkauft in einem Winkel lagen und Jungen und Mädchen mehr in Wiese und Wald, im Wasser und in der Sonne waren, als zu Hause. Eine herrliche Zeit sind doch die Ferien, in denen man sich nicht um Aufsatz und Rechtschreiben, Mathematik und Physik, Geographie und Homer zu kümmern braucht, aber einmal geht auch eine so paradiesische Periode zu Ende. Mit vielleicht etwas sonderbaren Gefühlen hat der Junge gestern Abend seine „Schmöker“ wieder hervorgeholt und mit gleich sonderbaren Gefühlen tritt das Mädchen heute früh den Weg in die Schule an. Bei den einen wirds Stunden dauern, bei den anderen Tage, bis sie wieder ganz bei der Sache sind. Aber alle sollen sich bewußt sein, daß jetzt wieder frisch gearbeitet werden muß, schon darum, damit sich in den kommenden Ferien um so schöner ausruhen und austoben läßt. Wieviel Tage finds wohl noch bis dahin?!

— Steuerabzug vom Arbeitslohn. Nach dem Reichsgesetz vom 2. Juni 1920 regelt sich der Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 1. August 1920 ab wie folgt: Bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern, deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, hat der Abzug gemäß § 45 a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen für 5 M. täglich, b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen für 30 M. wöchentlich, c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten für 125 M. monatlich zu unterbleiben. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Person im Sinne des § 20 Abs. 2 in dem Falle des Abs. 1a um 1,50 M., in dem Falle des Abs. 1b um 10 M., in dem Falle des Abs. 1c um 40 M. Ob und inwieweit die Vorschriften der Absätze 1, 2 im einzelnen Falle anzuwenden sind, ist von den Arbeitgeber festzustellen. Uebersteigt der Arbeitslohn auf das Jahr umgerechnet und unter Berücksichtigung des § 45a den Betrag von 15 000 M., so gilt für den einzubehaltenden Betrag nachstehender Tarif: von 15 000 bis 30 000 M. 15 v. H., von mehr als 30 000 bis 50 000 M. 20 v. H., von mehr als 50 000 bis 100 000 M. 25 v. H. — Auf wiederholte Anfragen bezüglich der Auslegung des Artikels 2 des Gesetzes vom 21. Juni über die ergänzende Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wird von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt: Die bis zum 1. August gemachten Abzüge können auf die nach dem neuen Gesetz einzubehaltenden Beträge nur dann und nur insoweit angerechnet werden, als sie höher waren wie die Summe, die sich nach dem neuen Tarif ergeben würde.

— Der Steuerabzug der Heimarbeiterinnen. Über den Steuerabzug der Heimarbeiterinnen hat, wie die „Textil-Woche“ mitteilt, ein mitteldeutsches Finanzamt den folgenden bedeutungsvollen Bescheid erlassen. Der 10prozentige Abzug ist bestimmungsgemäß vom Arbeitslohn einzubehalten. Als Arbeitslohn gilt nicht das Einkommen aus selbständiger gewerblicher Tätigkeit. Neben die Heimarbeiterinnen ihr eigenes selbständiges Gewerbe aus und stehen sie zu den Firmen in keinem dienstlichen Abhängigkeitsverhältnis, so ist ihr Einkommen als selbständiger Unternehmergewinn anzunehmen und unterliegt dem Abzug nicht.

— Platzkonzert. Heute Abend 5½ Uhr findet bei günstiger Witterung auf dem Alten Markt ein Promenadenkonzert statt.

— Volksversammlung bei Tiemeyer. Die seiner Zeit auf dem Lüberbruch gebildete Notkommission hatte aus gestern Abend zu Tiemeyer auf dem Berge eine Volksversammlung einberufen, zu der etwa 300 Personen erschienen waren. Herr Frh. Schmidt beschränkte sich in seinem Referat — Bericht über die Tätigkeit der Notkommission, die Finanzlage der Stadt Herford und den Zusammenbruch von Kirchbornberg — im wesentlichen auf die Wiedergabe des schon bekannten Materials über diese Fragen. Trotzdem zog sich die Versammlung über 3½ Stunden hin, da in der Aussprache sich verschiedene Redner wieder mit der Wohnungs-, Milch- und

Kartoffelnot be-
in Vorhlag
sur u. a. die
Gese Kirchbo
Korn zu ver
nach und wem
da eine deut
Maschine zu
Schädel bald
der Abbau lo
der erst am
Schilderung, d
war gerade
vorigen J
Scheune, mi
winde statt 60
nur 4 Meter
wegen der gr
müsse man da
aus den Schäd
Sonderbarw
in 1—2 Jahr
alter Bergma
Die Versamml
dem Standpu
abgelesen müß
fester Lot
aufgetauten
Wohnungsnot
Wohnungsgam
einarbeitung
ordnung steh
um die Bautät
und damit der
Sozialisierung
gen sprach er
beriozun
Kartoffelmarkt
die Mitteilung
schaft über di
deren Abschlus
Rundwirtschaft
nahmen vor
nicht, daß man
solle, wie dies
fordern gewer
bahnerverband
einzustellen. S

— Sch
uns: In de
sammlung er
Berlauf des
folgten mit
Vortragende
Schützenfest
stände ein V
verhältnisse
platz gewand
Die Zahl der
hoher Ausga
Markt erzie
Lorps sei dur
Vortragende
Versammlung
Schützenfest
men. Beside
Vereinsk

— Die
für die Dau
tag wurden
Wochenmark
dürfen: Kart
bis 50 Pfg.
Kraut Pfund
Pfund 15 bi
Zwiebeln, fr
Pfund 60 P
Pfund 3,50
60 Pfg., Wir
1,50 M., So
Pfund 60 P
Pfund 75 P
3 bis 4 M.
Markt. Con
Beete Pfund
6 M., Gänse
3 bis 4 M.
Stück 25 P
½ Pfund sch
Kleinhandl
kommission i
preise genau
durch Preiss
lich gemacht

— Reich
bung der K
schuß für W
faherforung
faherlichen U
wußt einen
Preis von 25
Frühommer
zu fördern.
den, um die
gen, Lieferu
Sind auf
ernte hätten
nur Verträ
schen habe
hebung der
Quanten vo
Dank gebra
süddeutschen
der Frage a
tostelverträ
lichen Orga
ständen auf
dem das Re

neben etwa
ren. Für den
möglich sein.
men die unge
vaten in den
ig unmöglich
ommene Hilfe
nichtigen Bau
größerer Zu
sicht besteht.
en absehbarer
hmal auf die
dem Stadt
chon früher
hingewiesen.
u r s t e u e r
diese ungefahr
G l a u c h a u
er auf Woh
hnen. Eine
drei Zimmer
ird mit 500 M.
7, mit 800 M.
eitere Zimmer
Steuerbeträge
s vier Zimmer
hilfe zum Bau
ohnungslosen
Städten einge
richt teilweise
gen je nach der
Räume selbstge
steuerung über
ein derart
weil dadurch
sondern auch
Belastung man
berücksichtige
würde. R.

Lage der Frei
laubt in einem
mehr in Wiese
waren, als zu
rien, in denen
m, Mathematik
braucht, aber
riebe zu Ende
hat der Junge
vorgeholt und
Mädchen heute
einen wird
sie wieder ganz
ucht sein, daß
on darum, daß
schöner aus
nds wohl noch

ch dem Reichs
uerabzug vom
at: Bei den
Erwerbstätig
der hauptfäch
Abzug gemäß
beitslohn nach
chnung des Ar
ich, c) im Falle
aten für 125 M.
Betrag erhöht
hmers zählende
alle des Abf. 1a
10 M., in dem
eweit die Vor
le anzuwenden
Heberzeit der
unter Verück
M, so gilt für
r Tarif: von
als 30 000 bis
bis 100 000 M.
gltlich der Aus
Juni über die
m Arbeitslohn
eist: Die bis
if die nach dem
dann und nur
waren wie die
ben würde.

men. Über den
ie die Textil
unt den folgen
er 10prozentige
ohn einzubehal
en aus selbstän
marbeiterinnen
tehen sie zu den
sberhältnis, so
nefmergewinn

findet bei gün
n Promenaden
er Zeit auf dem
gehen abend zu
einberufen, zu
Frik Sch m i d t
die Tätigkeit der
und den Zufam
uf die Wiedergabe
n. Trotzdem soll
n der Ausprägung
ngs-, Midy- und

Kartoffelnot befechten, ohne jedoch wirksame Abstellungsmassnahmen in Vorschlag bringen zu können. Von einigem Interesse waren nur u. a. die Ausführungen des Vorsitzenden des Betriebsrats der Besche Kirchdornberg, der davor warnte, die Glinte zu früh ins Korn zu werfen. Das Maschinenhaus sei jetzt unter Dach und Fach und wenn die neue Pumpe — übrigens s c h w e i z e r Fabrikat, da eine deutsche Firma angeblich nicht in der Lage war, eine solche Maschine zu liefern — erst aufgestellt sei, hätte man die erpöckten Schächte bald ausgepumpt. Dann erst ließe sich beurteilen, ob sich der Abbau lohne! Diesem Redner trat ein Bergmann gegenüber, der erst am Tage vorher die Zeichenanlagen besichtigt hatte. Die Schilderung, die er von den Kirchdornberger Verhältnissen entwarf, war geradezu grotesk. Die aufgestellte Pumpe stamme aus dem vorigen Jahrhundert, das Maschinenhaus sei eine Art offene Scheune, mit Dachpappe gedeckt, die aufgestellte Fördertrömmel winde statt 60 bis 64 Meter bei einer Umdrehung, wie sonst üblich, nur 4 Meter auf. Auch die Möglichkeiten des Abtransportes seien wegen der großen Steigung denkbar schlecht. Vor allen Dingen müsse man damit rechnen, daß wenige Tage, nachdem das Wasser aus den Schächten ausgepumpt sei, deren Ausbau zusammenbräche. Sonderbarerweise lägen Förderwagen und Körbe, die man vielleicht in 1—2 Jahren brauche, jetzt schon herum und verrosteten. Als alter Bergmann könne er vor dem Weiterarbeiten nur warnen. Die Versammlung stand dann auch zum überwiegenden Teil auf dem Standpunkt, daß man den Weiterverfolg des Unternehmens ablehnen müsse. Zum Schluß der Diskussion nahm Gewerkschaftsführer Rottmann zu verschiedenen im Verlaufe des Abends gestellten Fragen Stellung. So machte er mit Bezug auf die Wohnungsnot darauf aufmerksam, daß dem Mietniedrigungs- resp. Wohnungsamt bisher jedes Rechtsmittel fehle, um mit Zwangsversteigerungen und dergl. vorzugehen. Eine entsprechende Vereinbarung stehe jedoch vor der Tür. Das letzte und beste Mittel, um die Mangelhaftigkeit zu angemessenen Preisen wieder zu ermöglichen und damit der Wohnungsnot abzuwehren, sah der Redner in der Sozialisierung des Baugewerbes. Zum Schluß seiner Ausführungen sprach er dann noch über die Aussichten unserer Kartoffelversorgung. Er schilderte die unergütliche Lage auf dem Kartoffelmarkt, wie wir es vor kurzer Zeit noch getan und machte die Mitteilung, daß gegenwärtig Verhandlungen mit der Landwirtschaft über Lieferung zu angemessenen Preisen im Gange seien. Deren Abschluß in Kürze erwartet werden dürfe. Sollte sich die Landwirtschaft widerpenstig zeigen, so müsse mit Gewalt vorgegangen werden. Unter solchen Verhältnisse er jedoch nicht, daß man den Landeuten die Kartoffeln mit Gewalt wegholen solle, wie dies vom Stv. Vindemann u. a. empfohlen worden war, sondern gewerkschaftliche Gewaltmassnahmen, indem man den Eisenbahnerverband auffordere, die Kartoffelbeförderung auf der Bahn einzustellen. Dies werde als letztes Mittel besten Erfolg haben.

— **Schützenverein Herford-Redewig.** Man schreibt uns: In der am 31. Juli d. Js. abgehaltenen Vollversammlung erstattete der 1. Vorsitzende Bericht über den Verlauf des diesjährigen Schützenfestes. Die Unwesenden folgten mit Interesse dem etwa 1 1/2 stündigen Vortrage. Der Vortragende führte aus, daß die Veranstaltung des Schützenfestes mit Rücksicht auf verschiedene Begleitumstände ein Wagnis gewesen sei. Trotz beschränkter Lokalverhältnisse seien aber Tausende von Personen zum Festplatz gewandert. Es habe dort echte Fröhlichkeit geherrscht. Die Zahl der Neuanmeldungen sei auf 700 gestiegen. Trotz hoher Ausgaben sei ein Reinerüberschuss von 1600 M. erzielt worden. Die Bildung eines Unteroffizierskorps sei durchgeführt. Mit Worten des Dankes schloß der Vortragende seinen beifällig aufgenommenen Bericht. Die Versammlung beschloß, die Vorarbeiten für das nächste Schützenfest bereits im Januar n. Js. in Angriff zu nehmen. Beschlossen wurde ferner die Anschaffung einer Vereinsfahne.

— **Die Wochenmarktpreise vom 6. bis 13. August.** Für die Dauer einer Woche, gültig ab kommenden Donnerstag, wurden von der Preisprüfungsstelle gestern folgende Wochenmarktpreise festgesetzt, die nicht überschritten werden dürfen: Kartoffeln Pfund 40 bis 50 Pfg., Erbsen Pfund 30 bis 50 Pfg., Römertohl Pfund 20 bis 30 Pfg., Möhren ohne Kraut Pfund 35 Pfg., Kohlrabi Pfund 30 Pfg., Rhabarber Pfund 15 bis 20 Pfg., Stielmispel Pfund 20 bis 25 Pfg., Zwiebeln, frische Pfund 50 Pfg., trockene 70 Pfg., Wirtung Pfund 60 Pfg., Weizkohl Pfund 35 Pfg., Rotkohl Pfund 40 Pfg., Tomaten im Treibhaus gezeugen Pfund 3 M., Kleinfandler 3,50 M., Wirtschaftsobst: Äpfel Pfund 40 bis 60 Pfg., Birnen Pfund 20 bis 40 Pfg., Tafelobst 0,80 bis 1,50 M., Fälsobst Pfund 20 bis 30 Pfg., Grüne Bohnen Pfund 60 Pfg., Wachsbohnen Pfd. 75 Pfg., Stangenbohnen Pfund 75 Pfg., Perlbohnen Pfund 75 Pfg., Pfirsiche Pfund 3 bis 4 M., Gierpfäulen und Mirabellen Pfund 1 bis 1,50 M., Sonstige Pflaumen Pfund 60 bis 80 Pfg., Rote Beete Pfund 20 Pfg., Güher Pfund 5 M., Hähnchen Pfund 6 M., Gänse und Enten Pfund 8 bis 10 M., Kaninchen Pfund 3 bis 4 M., Gimmachgurten Pfund 0,90 bis 1 M., Gurken Stück 25 Pfg. bis 1,50 M., Salat Kopf 5 bis 15 Pfg., über 1/2 Pfund schwer 40 Pfg., Eier, Erzeugerpreis Stück 1 M., Kleinfandler Stück 1,20 M., Pilze Pfund 2 M. Die Marktkommission ist ermächtigt, namentlich bei Obst die Zwischenpreise genau festzulegen und anzuordnen, daß die Preise durch Preisschilder an den einzelnen Waren deutlich ersichtlich gemacht werden.

— **Reichsernährungsminister Hermes für die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft.** Der Reichstagsauschuss für Volkswirtschaft behandelte die Frage der Kartoffelversorgung. Ernährungsminister Hermes gab einen ausführlichen Überblick und betonte, daß die Regierung bewusst einen über die Produktionskosten hinausgehenden Preis von 25 M. für den Zentner durch die Verordnung vom Frühommer 1920 angelegt habe, um den Kartoffelanbau zu fördern. Ein Zuschlag zu diesem Preise sei gewährt worden, um die landwirtschaftlichen Organisationen zu bewegen, Lieferungsverträge mit den Städten abzuschließen. Im Hinblick auf den Preis und die erwartete gute Kartoffelernte hätten die Städte wieder zurückgehalten und bis jetzt nur Beträge über 35 Millionen Zentner getätigt. Inzwischen habe der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates die Aufhebung der Zwangswirtschaft empfohlen, sofern gewisse Quanten von Kartoffeln als Reserven in die öffentliche Hand gebracht würden. Nach Rücksprache auch mit den süddeutschen Besitzern möchte er nach eingehender Prüfung der Frage als seine Ueberzeugung aussprechen, daß die Kartoffelverträge zwischen den Städten und den landwirtschaftlichen Organisationen und dem Handel unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müßten, und daß außerdem das Reich eine Kartoffelreserve von etwa 15 Millionen

Zentner für alle Fälle akuter Not sich zu sichern habe, darüber hinaus aber die Aufhebung der Zwangswirtschaft zweckmäßig erscheine. Der einmal festgesetzte Preis von 25 M. solle jedoch bleiben, damit das Vertrauen der Landwirtschaft zur Preispolitik erhalten bleibe.

r. **Von der Preisprüfungsstelle.** Wie sehr sich die Preisprüfungsstelle bemüht, erträgliche Preise nicht nur für Nahrungsmittel, sondern auch für sonstige Bedarfsartikel festzulegen, kam erst in der gestrigen Sitzung dieser Institution wieder zum Ausdruck. Man hatte sich anfangs lebhaft mit den Tierpreisen beschäftigt und beklagt, daß nicht alle Städte und Kreise der Provinz einheitliche Preisfestsetzungen vornehmen, damit den wilden Preistreibern Einhalt geboten wird. Da man sich bewußt war, daß ein weiteres geduldetes Vorgehen Herford's zu keinem Erfolg führen könne, wurde beschlossen, sich nochmals an die einzelnen Körperschaften und insbesondere den Oberpräsidenten und die Provinzialpreisprüfungsstelle in Münster zu wenden. Im weiteren Verlauf der Sitzung hielt man es für erforderlich, die verschiedenen Schuhwarengeschäfte nochmals auf die Preisfestsetzung zu kontrollieren. Interessant war die Mitteilung, daß bis zum Einsetzen der Kontrolle durch die Preisprüfungsstelle trotz gegenseitiger Ankündigung Herabsetzungen nicht oder nur in geringem Maße gemacht worden waren. In diesem Zusammenhang kam man auch auf die Beschlüsse, über die verschiedene Klagen vorlagen, zu sprechen. Nach Einholung verschiedener Berechnungen hielt man es für angebracht, Angemessenheitspreise festzusetzen und zwar für Herrenschuhsohlen mit Absätzen 50 M., für Damenschuhsohlen mit Absätzen 35 M., alles in bester Ausführung. Mit der Schuhmacher-Innung sollen nach Bekanntgabe dieser Preise Verprechungen über etwa mögliche Höchstpreislänge gepflogen werden. In gleicher Weise, wie hier, soll gegen Ueberteuerungen der Schneider vorgegangen werden. Ferner wurde beschlossen, die Preise für Torf und Brennholz zu kontrollieren und nötigenfalls festzusetzen, wobei erwähnt wurde, daß die Stadt den Torf mit 16 M. zu teuer verkaufe. Aus all dem ist zu ersehen, wie die Preisprüfungsstelle auf den Preisabbau hinwirkt und daß die Angriffe, die von verschiedenen Seiten auf diese Stelle gemacht werden, unberechtigt sind.

p. **Der Beamtenmörder von Dortmund verhaftet?** Der Böhm Karl Rajad, der in dringendem Verdachte steht, in Dortmund einen Polizeibeamten ermordet zu haben, wurde gestern von der Polizei hier festgenommen.

p. **Verhaftungen:** Die Polizei nahm die Hebamme St. und das Dienstmädchen S. M. wegen Abtreibung der Leibesfrucht in Gewahrsam. Ferner wurden 3 Personen aus Bielefeld wegen dringenden Verdachts, auf dem hiesigen Bahnhof mehrere Taschendiebstähle begangen zu haben, festgenommen.

p. **Wochenbericht der Polizei.** In der Zeit vom 25. bis 31. Juli wurden 22 Personen, davon wegen dringenden Verdachts 1. Abtreibung 2. Diebstahl 3. Veranbarung 1. Betruges 2. Trunkenheit und Verübung groben Unfugs 2 und Obdachlosigkeit 4 in das Polizeigefängnis eingeliefert. In Schutzhaft wurden 2 Personen genommen.

Minden, 2. August. Sein 50jähriges Militärjubiläum feierte heute der hier lebende Hauptmann Friedrich von Bentzien. Als Bezirksoffizier beim Bezirkskommando Aurich trat er 1898 in den Ruhestand. Den Weltkrieg machte er beim Inf.-Regt. 215 mit, bis er bei Jpern durch einen Halschuss schwer verwundet wurde. Der Jubilar führt den Beinamen „Der Löwentöter von Hildesheim“ und damit hat es folgende Bewandnis: Im Anfang der 70er Jahre hielt die damals berühmte Menagerie von Dageß ihren Einzug in Hildesheim. Auf der Fahrt vom Bahnhof nach der Steingrube öffnete sich plötzlich die Tür zum Löwentäfer und zweien der Tiere gelang es, zu entpringen. Einer der Löwen stürzte sich auf die Pferde des Wagens. In diesem Augenblick erschien Leutnant Bentzien. Er ließ sich rasch ein Jagdgewehr reichen und streckte das Tier durch einen wohlgezielten Schuss nieder. Der andere Löwe hatte sich unterdessen in ein Haus begeben und sich dort, wie erzählt wird, auf einen verschwiegenen Ort zurückgezogen. Dort wurde er eingesperrt und durch den herbeigeeilten Wärter gefesselt und in seinen Käfig zurückgebracht.

Mus Nachbarschaft u. aller Welt.

Frankenberg, 2. August. Mit der Frage des Preisabbaues befaßte sich eine hier abgehaltene Versammlung der Preisprüfungsstelle. Zur Frage der Herbstkartoffelversorgung wurde anerkannt, daß die vom Reich in Aussicht genommene Kartoffelpreise weit über das Bedürfnis hinausgehen. Im Einvernehmen mit den Metzger wurden die Fleischpreise auf 7,50 M. für Rind- oder Schaf- und 5 M. für Kalbfleisch für das Pfund festgelegt. Der Erzeugerhöchstpreis für ein Liter Vollmilch wurde auf 1,30 M. erniedrigt. Als Eierhöchstpreis wurde bis zum Herbst ein Preis von 1 M. für das Stück für angemessen angesehen.

Bladeburg, 2. August. In dem benachbarten Orte Wnfen fand die Errichtung einer Fabrik statt unter der Firma „Chemische Werke Schaumburg Dr. Wächter u. Co. e. G. m. b. H.“. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation chemischer Artikel und zwar vorwiegend von Sauerstoffprodukten, ferner die Umarbeitung chemischer Produkte, sowie der Großhandel in Chemikalien und Drogen. Das Stammkapital beträgt 300 000 M. Die Geschäftsführer sind der Kaufmann Fried. Geffers-Hamburg und der Chemiker Dr. Hans Wächter in, Stadthagen.

Wth. Münster, 2. August. Der 24stündige Demonstrationstreif der Angestellten der Versorgungsbehörden hat hier heute früh in vollem Umfange eingesetzt. Von 700 Angestellten des Hauptversorgungsamtes, des Versorgungsamtes und der Kasse in Münster sind nur 6 zur Arbeit erschienen. Die Postkassabereiter bei den Kassen werden ausgeführt. Morgen früh um 7 Uhr wird die Arbeit wieder aufgenommen. Aus dem ganzen Geschäftsbereich des Hauptversorgungsamtes sowie aus Nord- und Süddeutschland liegen gleichfalls Meldungen über eine restlose Durchführung des Streikes vor.

Warendorf, 2. August. In der Versammlung des erweiterten Vorstandes des Landw. Kreisvereins, in welcher beschlossen wurde, vom 2. August ab kein Stief Vieh mehr an den Kommunalverband abzuführen, wurde auch eine Entscheidung gefaßt, in der die Forderung vertreten wird, daß die kommunale Milchbewirtschaftung möglichst bald aufgehoben werden müsse, und zwar wird als Termin der 1. Mai 1921 vorgeschlagen. Ferner wird vorgeschlagen, für Brotgetreide ein Umlageverfahren einzuführen.

Bochum, 1. August. In Bochum fand heute der westfälische Sanitätskolonnenstag statt. 87 Delegierte vertraten 140 Sanitätskolonnen. Nach der Hauptversammlung fand in der Nähe der Besche Konstantin 3 eine Übung statt.

Wth. Schweinfurt, 2. August. Als am Sonnabend die Direktion der Schweinfurter Präzisions-Kugellager-Werke Fichtel u. Sachs aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Firma die ältesten Beamten ehren wollte, erzwangen die Arbeiter unter Bedrohung des Direktors Sachs die sofortige Rückzahlung der bereits einbehaltenen Steuerbeträge.

Wth. Oldenburg, 31. Juli. In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde beim neuen Erwerbssteuergesetz ein Antrag angenommen, der die Besteuerung der Konsumvereine vorsieht. Angenommen wurde ferner mit 22 gegen 21 Stimmen ein Zentrumsantrag auf Erhöhung der Zuschüsse an die Kirchen um 150 000 M. Beide Beschlüsse wurden gegen die Stimmen der Unabhängigen gefaßt, die nicht vollständig zur Stelle waren.

Landarbeiterstreit.

Wth. Meisen, 2. August. In der Amtshauptmannschaft Meisen, sowie in den benachbarten südlichen Landesteilen ist heute ein Landarbeiterstreit ausgebrochen. Allgemein haben die Arbeiter die Arbeit heute nicht wiederaufgenommen. Wie verlautet, verlangen die Arbeiter eine Lohnaufbesserung um 100 Prozent, während die Arbeitgeber nur 30 Prozent beivilligen. Die Einigungsverhandlungen dauern fort.

Was unsere Leser sagen.

Mitbürger, Hausbesitzer, das Unglaubliche ist also doch Wahrheit geworden! Nach dem neuen Steuerzettel sollen wir tatsächlich die 800 Prozent Gebäudesteuer voll aufbringen, um das große Defizit der Stadt zu decken, obgleich der Stadtverordnete Werth in der letzten Versammlung der Haus- und Grundbesitzer öffentlich erklärte, der Magistrat wolle eine Staffelung nach dem gleichzeitigen Vermögen resp. Einkommen der Hausbesitzer eintreten lassen. Warum wird ein einzelner Stand herausgegriffen, die Schulden der Gesamtheit zu decken? Was würden wohl die Beamten usw. oder die Herren vom Stadtparlament schreiben, wenn sie allein herangezogen würden! Jetzt kann es vorkommen, daß ein Arbeiter, der das zweifelhafte Glück hat, ein Haus zu besitzen, mehr Steuern bezahlt als ein größerer Kapitalist ohne Haus- und Grundbesitz. Jeder Geschäftsmann kann die Steuer abwägen, der Pensionär und kleine Rentner geht unweigerlich zugrunde, ihm sind ja die Hände gebunden durch die gesetzliche Bestimmung, daß nur 20 Prozent Mietaufschlag erhoben werden dürfen.

Die einfachste Lösung ist doch die Besteuerung der Mieten, gestaffelt nach dem Einkommen, Größe der Wohnung und Anzahl der Personen. H. K.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	2. Aug.		31. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1438,50	1441,50	1443,50	1451,50
Brüssel-Antwerpen	344,65	345,35	343,65	344,35
Christiana	661,20	663,20	664,30	665,70
Kopenhagen	661,80	663,20	659,30	660,70
Stockholm	893,10	894,90	891,60	893,40
Helsingfors	149,80	150,20	149,80	150,20
Italien	225,7	226,25	224,75	225,25
London	117,55	117,95	117,55	117,95
Lyons	42,2	42,35	42,45	42,55
Paris	322,65	323,35	322,65	323,35
Schweiz	715,25	716,75	711,25	712,75
Spanien	644,3	645,65	643,35	644,65
Wien (alt)	24,72	24,78	23,97	24,03
do. (Deutschl.-Ost. abgeseh.)	23,97	24,03	23,84	23,90
Prag	84,50	84,70	84,50	84,70
Warschau	24,22	24,28	24,34	24,40

Holländisches Ausfuhrverbot für Käse. Die holländische Regierung hat seit kurzem durch ein Ausfuhrverbot dem Käseexport nach Deutschland wieder unterbunden. Der Grund hierfür ist in erster Linie in der Tatsache zu suchen, daß infolge der Anfang Juli erfolgten Freigabe der Käseinfuhr in Deutschland eine außerordentlich starke Nachfrage nach holländischem Käse einsetzte. Infolgedessen ist der Preis für Käse in Holland selbst stark gestiegen, anderseits macht sich dort eine ziemliche Knappheit dieses Nahrungsmittels bemerkbar, da täglich große Mengen über die Grenze nach Deutschland wanderten. Wie lange das Ausfuhrverbot aufrechterhalten wird, steht noch nicht fest.

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 2. August.

Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse: Hafer per 1000 kg auf Abladung 2510—2600 ab Station. Tendenz fest. Nicht amlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 kg ab Station:

	2. 8.	31. 7.		2. 8.	31. 7.
Vittoriaerbsen 150-185	150-185	150-185	Stroh, gepr.	10-10 1/2	10-10 1/2
- gelb u. grün. 100-130	100-120	100-120	- gebünd.	7-7 1/2	7-7 1/2
Bohnen, weiße	—	—	Knuselrüben	—	—
Beltschoten	80-100	80-100	Kohlrüben, gelbe	—	—
Ackerbohnen	100-120	100-100	- weiße	—	—
Widen	75-110	75-100	Trüdenrüben	60-62	60-62
Lupinen, gelbe	55-78	55-78	- Bat. Steffen	89-92	89-92
- blaue	45-63	45-63	Kostre, inländ.	—	—
Serradella	40-50	40-50	Möhren, rote	—	—
Sen, lose, neues	20-22	20-22	Buchweizen	—	—
Kleeheu	29-30	29-30			

Pebecco

hält Mund und Zähne
rein und gesund.

Probekuben versenden kostenfrei
P. Petersdorff & Co., G.m.b.H. Hamburg 90.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese; beide in Herford.

Lichtspielhaus „Wittekind“

Höckerstrasse 5 Fernsprecher 690

Von Dienstag bis Freitag:

Ein Riesen-Erfolg

ist die Fortsetzung des
Kolossal-Detektiv- und
Abenteurer-Film-Zyklus

Morel

Der Meister der Kette

II. Abteilung: Glanz u. Elend.

7 phänomenale Akte 7

Der II. Teil, eine in sich abgeschlossene
Handlung, übertrifft den I. Teil an
Spannung bei weitem und bildet eine
Sehenswürdigkeit für Herford.
Kommen! Sehen! Staunen!

Spieldauer etwa 2 Stunden!

Die große Erbschaft.

Original-Lustspiel in 3 Akten
mit

Richard Waldemar.

Brinkmann's Garten. Freitag, den 6. August, abends 8 Uhr: Grosses Streich-Konzert

des verstärkten Städt. Orchesters unter Mitwirkung
des Cornet à Piston-Virtuosen Kgl. Kammermusiker
Ludwig Täubig aus Hannover.
(Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im
Saal statt.)
Karten à 2 Mk. im Vorverkauf bei Kortkamp und
an der Abendkasse.

Alt-Eisen, Lumpen, Metalle, Papier

kauft zu Tagespreisen

Fr. Schminsky, Produktenhandlung

Holländstr. 27. Einfaßer Endebunt.

Auf Wunsch erfolgt Abholung.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Das von den Kolonialwarengeschäften nicht verkaufte
Maismehl aus der letzten Verteilung kann nach Ablauf der
Verkaufszeit an unser Lager, Diebroderstraße 42, zurückge-
geben werden.

Herford, den 3. August 1920.

Lebensmittelamt.

Die Bestimmungen der Steuergesetze über das Ver-
fahren sind äußerst verwickelt, sodaß sich ein Laie in ihnen
nicht zurechtfinden kann, auch wenn ihm der Text der Fi-
nanzgesetze zur Verfügung steht. Insbesondere trifft dies
bei dem neuen Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919
zu. Hierin kommen eine Reihe verschiedener Steuergruppen
und innerhalb dieser Gruppen wieder eine sehr große Zahl
von Gegenständen in Frage, die im einzelnen dann unter
bestimmten Voraussetzungen steuerpflichtig oder steuerfrei
sind. Die meisten Schwierigkeiten stellen sich bei der Be-
antwortung der Frage ein, welche Personen und welche
Gegenstände in den verschiedenen Fällen dieser oder jener
erhöhten Steuer (Umsatzsteuer) unterliegen. Die vielen
einzelnen mündlichen Anfragen zu beantworten, ist für den
betreffenden Beamten sehr zeitraubend. Auch den Gewerbe-
treibenden würde besser gedient sein, wenn sie gemeinschaft-
lich mit Interessenten gleichartiger Berufszweige Auskunft
erhalten. Bei einer gemeinsamen Besprechung ist die Mög-

Sanders, Wiecking & Co.

Bankgeschäft

Osnabrück, Schillerstrasse 10-11.

Fernsprecher 4, 75, 490.

Wir unterhalten eine besondere

Abteilung für Uebersee-Verkehr

(Königl. Holländ. Lloyd, Holland-Amerika-Linie etc. etc.)

Kulanteste Einwechslung deutscher Währung in beliebige ausländ. Geldsorten.

Wahrnehmung deutscher Handels-Interessen im Ausland durch eigene Angestellte.

Kostenlose Raterteilung in allen Passage-Angelegenheiten.

Brockmanns Berggarten.

Morgen Mittwoch:

Familien - Kaffee - Kränzchen.

Fahrräder wieder auf Abschlagszahlung

Jeder, der ein Fahrrad benötigt, erhält
dasselbe bei mir auf Abschlagszahlung
innerhalb 12 Monate. Anfragen erbitte
ich unter Nr. 9482 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung zu richten. —

Wir erhielten eine

Ladung Frühweißkohl

welchen wir zum Einmachen
bestens empfehlen.

Gemüse- und Obstmarkt
nur Andstraße 6.



Tisch-Linoleum.

A. Klingeberg, Bremen,

Fernruf R. 2246 u. 4123.

Maul- u. Klauenfeuche!

Wollen Sie Ihr Vieh schützen, dann verwenden
Sie das glänzend bewährte

Osterbergiol.

Zu haben in den Apotheken. Wo nicht, Nachweis: Pa-
boratorium, Osterberg Hannover.

Ein tüchtiger erfahrener Kaufmann

sucht sich an einem **gutgehenden Fabrikgeschäft**
in Herford oder Umgebung mit einem Kapital von 200
bis 300 Tausend **tätig zu beteiligen.**
Angebote unter Nr. 9409 an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Achtung! Achtung!

Ab 5. - 11. August in
Heders Turnhalle
Verkauf von billigem
email. Geschirr
und
Küchengeräten.

Billiger rein überzeugetlicher

Rauchtabak.

Ernst Zimmermann,
Herford, Komturstraße.

An- und Verkauf

von gebrauchten Möbeln,
Defen, Betten, Kleider,
sowie sämtlichen Gegenständen
von einfachen und luxuriösen
Wert. Postkarte genügt.

Jacob Schmitt, Stiftberg-
straße 1, (Eoreingang).

Wir kaufen jeden Posten:

Linoleum- und Flizab-
fälle, Hutfelle, Sealskin,
Futterfelle und Pflanz-
stoffe, sowie Militär- Woll-
und Segeltuchstoffe.

Gebr. Tate,

Hauschuh- und Pantoffelfabrik,
Schweideln b. Herford.

prima Fleisch

Fleischwurst, Würstchen

Paul Oehmann,
Erdenstr. 34. Telefon 637.

Bonbon, Schokoladen
usw. gefucht.

S. Rabbe, Bremen,
Baumstraße 62.

Tüchtiger, fleißiger

Vertreter

bei Kolonialwarenhand-
lungen auf eingeführt,
zum Verkauf von la-
schmierseife, Waschpulver,
Schubkreme, Viehmastpul-
ver usw. von leistungs-
fähiger Firma bei hoher
Provision und hohem Ge-
halt gesucht. Herren, de-
nen an dauernder, ein-
trägl. Vertretung gelegen
ist, wollen ausführen. An-
gebote senden unter Nr. 9475
an die Geschäftsstelle die-
ser Zeitung.

Handwerker (Maler, Maler)

Vertrauensposten

gleich welcher Art.
Angebote unter Nr. 9469 an
die Geschäftsstelle d. Ztg.

Junges, gewandtes

Mädchen

wird zu sofort als Helfer für
die Apotheke gesucht.

Altstädter Apotheke.

Heirat!

Schöne, 22-jährige Fabrik-
besitzerstochter mit 1200 000
Mk. Vermögen, wünscht sich
sofort zu verheiraten mit Herrn
auch ohne Vermögen durch
Adamiwicz, Berlin
Alexanderstr. 86.

Haarneße billiger!

Haubenneße, einfach Sid. 2.50
Haubenneße, doppelt Sid. 3.25
Stirnneße, groß Sid. 3.00
rein Naturhaar, alle Farben
vorhanden.

W. Paegold, Friseur,
Radewigerstr. 3.

Prima

Bohnenwachs!

Mag. Ach,
Gänsemarkt.

Schützenhof.

Jeden Mittwoch,
nachmittag 4 Uhr:
Kaffee-Konzert

Brinmanns Garten

Mittwoch abends 8 1/2 Uhr:

Großes

Konzert

des Städt. Orchesters.

Spielvereinigung.

Mittwoch, den 4. August,

abends 8 Uhr pünktlich

außerordentliche

Jugendversammlung

im Vereinsheim Dellus.

Um pünktliches Erscheinen wird

gebeten.

Der Jugendleiter.

Sie werden heute alles los!

Prüfen Sie Doben,
Keller u. Rumbellammer!
Sie finden noch brauch-
bare Gegenstände, die Sie
vorteilhaft verkaufen kön-
nen, wenn Sie eine kleine
Anzeige in der
Herforder Zeitung
benutzen.

Ein gut erhaltenes Kinderwagen

zu verkaufen.
Nachruf unter Nr. 9471 an
die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein Anzug

(dunkelblau), mittlere Größe,
zu verkaufen.
Nachruf unter Nr. 9483 an
die Geschäftsstelle d. Ztg.

Fahr- räder

Mehrere gebrauchte Fahrräder
zu verkaufen od. zu vertauschen.

G. Marten,

Fahrradhandlung, Erdenstr. 24.

Kirche der Christlichen Wissenschaft.

Christian Science
Herford, Gbdenstr. 53.

Gottesdienst:
Sonntag, morgens 10 Uhr.

Veranstaltungen:
Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr.

vor Strafe nicht. Es gibt noch eine Reihe von hiesigen
Gewerbetreibenden, die bisher trotz wiederholter Bekannt-
machung die Luxussteuerpflichtigen Gegenstände, die in ihrem
Unternehmen hergestellt oder veräußert werden, dem Um-
satzsteueramt nach § 30 des Gesetzes nicht angezeigt haben.
Dies gilt auch insbesondere für die Gast- und Hotelwirte,
die der Verbergungssteuer unterliegen, sowie für verschie-
dene andere Berufe. Die Säumnigen verfallen einer Ver-
baltungsstrafe bis zu 500 Mark.

Im Anschluß hieran laden wir die Vorsteher und Ver-
treter der verschiedenen Fachverbände sowie die Versteigerer
und Gerichtsvollzieher zu einer mündlichen Besprechung auf
Donnerstag, den 5. August d. Js., nachm. 4 Uhr, Zimmer
Nr. 38. ein.

Herford, den 31. Juli 1920.

Der Magistrat. Umsatzsteueramt.

Tagesordnung

für die am

Freitag, den 6. August 1920, nachmittags 5 1/2 Uhr,
stattfindende

Stadtverordneten-Sitzung.

Zweite Lesung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920.

Herford, den 30. Juli 1920.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
H. v. S.